

Mietpreisbremse mit Nachbesserungen

Die jetzt aktuell eingeforderten schnellen Nachbesserungen, die von Mietrechtsexperten gefordert werden - bei gleichzeitig flächendeckender bundesweiter Ausdehnung - ist kein Garant dafür, dass sich in irgendeiner Weise etwas für die Mieter verbessern würde. Wir haben im Übrigen in unseren Pressemitteilungen 2, 7, 16, 18 und 20 schon seit Januar 2016 immer wieder auf die Fehlerhaftigkeit und Unwirksamkeit hingewiesen, bitte lesen Sie hierzu auf unserer Website nach.

Den Vermietern zu drohen, Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern zu belegen, halten wir für absurd. Richtig und effektiver wäre es, die Gesetze an den entscheidenden Stellen so zu ändern, dass die Gerechtigkeit für den Mieter nicht vom Vermieter abhängt. Unser Präsident fordert daher regionale Obergrenzen für die Nettokaltmieten und die Modernisierungsmaßnahmen und die daraus resultierenden Umlagen auf die tatsächlich entstandenen Kosten für die Vermieter zu begrenzen. Diese Forderung stellt unser Präsident schon seit Jahren. Der GdW-Präsident Axel Gedaschko hält die Mietpreisbremse für einen Fremdkörper und da hat er nicht so ganz unrecht, denn wenn die Mietgesetzgebung den jetzigen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt angepasst worden wäre, gäbe es viele Probleme erst gar nicht. Unser Präsident ist sich mit dem GdW-Präsidenten darüber einig, dass für ausreichend bezahlbaren Wohnungsbau gesorgt werden muss. Der Wohnungsmarkt würde sich dann zum Teil von selbst regulieren und den Mietern widerfährt dann auch Gerechtigkeit.

Am 24. Februar 2016 melden die Medien den Bau von 60.000 neuen Wohnungen durch den Berliner Senat. Bis zum heutigen Tag lässt sich nicht nachvollziehen, wann damit begonnen wird und wann diese Wohnungen fertig gestellt sind.

Jetzt im Berliner Wahlkampf haben wir viele vollmundige Erklärungen gehört; ab dem 19. September 2016 wird wohl wieder der Alltag einkehren. Die Wohnungssuchenden bilden in der Zwischenzeit lange Warteschlangen vor den Vermieterbüros und bei Wohnungsbesichtigungen ist es teilweise noch dramatischer, auch für die im Hause wohnenden Mieter.

Unser Präsident fordert die Politik auf, den Wohnungsneubestand endlich an den Bedarf derer anzupassen, welche in die Ballungsgebiete und Großstädte drängen. Der Bau kleinerer Wohnungen bietet sich in einer Zeit, in der vermehrt Singlehaushalte entstehen, an, denn dies ist der gesellschaftlichen Entwicklung, die man beklagen kann oder auch nicht, geschuldet.

Die derzeitige Entwicklung führt uns zu dem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe: **?Die Zeit ist in ewigem Fortschreiten begriffen, und die menschlichen Dinge haben alle fünfzig Jahre eine andere Gestalt, so daß eine Einrichtung, die einst vielleicht eine Vollkommenheit war, schon ein halbes Jahrhundert später vielleicht ein Gebrechen ist.?**

Für Rückfragen in der Sache erreichen Interessierte unseren Pressesprecher
Uli Ebermann unter 0174-367 81 52!